

Veröffentlicht in: CH Media, 7. Juli 2020

## Die Unternehmensbesteuerung muss überdenkt werden

Olivier Kessler

Derzeit werden geeignete Massnahmen zur Milderung der weltweiten Rezession und zur Rettung von Arbeitsplätzen diskutiert. Erstaunlicherweise geht es dabei fast immer um die Frage, was der ohnehin schon aufgeblähte und verschuldete Staat noch zusätzlich unternehmen könnte. Dabei bestünden die erfolgserprobtesten Lösungsansätze nicht in einem staatlichen Tun, sondern in einem Lassen. Die Wirtschaft wird erwiesenermassen nicht durch ein Übermass an staatlichem Aktivismus angekurbelt, sondern durch politische Zurückhaltung und geeignete Entstaatlichungs-Kuren.

Ein wichtiges Instrument zur Freisetzung von Produktivkräften sind Steuersenkungen, weil damit weniger Mittel in den intrinsisch ineffizienteren Staatssektor wandern und dafür mehr Mittel für kundenorientierte Investitionen und Innovationen zur Verfügung stehen. Besonders schädlich ist die Unternehmensbesteuerung, welche die wohlstandschaffende Tätigkeit ganz direkt bestraft und dadurch fatale Fehlanreize setzt.

Warum wird in der heutigen Zeit nicht intensiv über eine Abschaffung dieser kontraproduktiven Steuer diskutiert? Das liegt vor allem an einem Klischee, das sich besonders hartnäckig hält: nämlich, dass Firmen die Last von Unternehmenssteuern zu tragen hätten und dadurch die restlichen Steuerzahler entlastet würden.

In Wahrheit bezahlen Unternehmen allerdings keinen einzigen Rappen an Steuern. Unternehmen per se sind niemals die echten Träger irgendeiner Steuerlast, da es sich bei ihnen lediglich um Vertragsbündel handelt. Es sind immer die hinter einer Firma stehenden und mit ihr handelnden Menschen, die indirekt zur Kasse gebeten werden. Und dies sind Personen, die bereits auf regulärem Weg besteuert werden.

### **Verschleierte Steuerlast**

Bei den wahren Trägern der Unternehmenssteuer-Last handelt es sich unter anderem um Arbeitnehmer, die aufgrund der erhobenen «Unternehmenssteuern» weniger Lohn erhalten, als sie ohne solche Steuern bekommen hätten. Auch sind es die Kunden eines Unternehmens, die einen höheren Preis für die gekauften Produkte bezahlen müssen, denn ohne den Ausgabenposten «Steuern» hätten die Herstellungskosten und damit der im Wettbewerb entstehende Kaufpreis für das Produkt tiefer liegen können. Weiter gehören die Zulieferer zu den wahren Trägern der «Unternehmenssteuern», die weniger Einnahmen erzielen, weil sich das Unternehmen aufgrund der Steuern nicht mehr die gleich hohen Ausgaben für Lieferanten leisten kann. Vielleicht sind die Leidtragenden

auch Arbeitsuchende, weil das Unternehmen aufgrund der zusätzlichen Steuern geringere Investitionen tätigen und weniger Arbeitsplätze schaffen kann. Es stimmt daher nicht, dass Unternehmenssteuern die restlichen Steuerzahler entlasten. Vielmehr halsen Unternehmenssteuern den Individuen heimlich eine zusätzliche Steuerlast auf – und zwar durch die Hintertür und oftmals unbemerkt.

Unternehmenssteuern führen daher zu einer grösseren Intransparenz über die wahren Steuerlasten einer Person. Diese Undurchsichtigkeit und Verkomplizierung des Steuersystems dient in Wahrheit der Aufblähung des Staatsapparates, weil damit seine echten Kosten versteckt und der öffentliche Widerstand gegen sein schädliches Wachstum gedämpft werden.

### **Allgemeinwohl fördern**

Profitable Unternehmen erweisen der Gesellschaft und dem Staat auch ohne das Zahlen von Unternehmenssteuern einen enormen Dienst. Dank ihrem Wirken schaffen sie vor Ort Arbeitsplätze und damit Einnahmequellen für eine Vielzahl von Menschen, die es ohne das unternehmerische Engagement nicht gäbe. Auch ermöglichen sie den Bürgern zusätzliche Investitionsmöglichkeiten: Indem Menschen Anteile an produktiven Unternehmen erwerben können, erhalten sie eine Möglichkeit, ihr Vermögen zu vermehren und dadurch am Wachstum des Wohlstandes teilzuhaben. Unternehmen, die auf dem lokalen Absatzmarkt Produkte verkaufen, bringen auch den Konsumenten einen entsprechenden Zusatznutzen, weil diese Güter die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung befriedigen – wenn dem nicht so wäre, würden diese nicht freiwillig gekauft.

Aus all diesen Gründen gilt es, die Unternehmenssteuern ernsthaft zu überdenken.

*Der Autor ist Direktor des Liberalen Instituts.*